

# Laibacher Zeitung.

Nr. 169.

Donnerstag am 24. Juli

1856.

Die "Laibacher Zeitung" erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Befüllung in's Haus sind halbjährig 30 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 kr. — Insertionsgebühr für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für einmalige Einschaltung 3 kr., für zweimalige 4 kr., für dreimalige 5 kr. C. M. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel pr. 10 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Insertate bis 12 Zeilen kosten 1 fl. 30 kr. für 3 Mal, 1 fl. 10 kr. für 2 Mal und 50 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

## Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 19. v. M. Allerhöchstbien wähligen Kämmerer und Legationsrath Albert Grafen Crivelli, zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königl. spanischen Hof allernädigst zu ernennen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 11. i. M. den Bezirksvorsteher in Meran, Sebastian v. Groschauer, zum Kreisvorsteher in Bregenz allernädigst zu ernennen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 13. d. M. dem Oberförster erster Klasse und Leiter des Forstdepartements bei der ostgalizischen Finanz-Direktion, Josef Lehr, den Titel und Charakter eines f. f. Forstrathes allergrädigst zu verleihen geruht.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit dem Minister der Justiz den Gerichts-Adjunkten des Landesgerichts in Pesth, Ludwig Poforny, zum Stuhlrichteramts-Adjunkten bei einem gemischten Stuhlrichteramte in Ungarn ernannt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit dem Minister der Justiz die Stuhlrichteramts-Adjunkten, Karl Hermann und Maximilian Hell, zu Stuhlrichtern bei gemischten Stuhlrichterämtern in Ungarn ernannt.

Der Justizminister hat die bei den f. f. Komitatsgerichten Eßegg und Barasdin erledigten Komitatsgerichtsrathstellen, die erstere dem Bezirksvorsteher von Sisak, Jakob Mayer, die letztere dem Prätor von Lissa in Dalmatien, Franz Schmid, zu verleihen befunden.

Der Justizminister hat die beim Kreisgerichte zu Feldkirch erledigte Stelle eines Rathes und Staatsanwalts-Substituten, Josef Voglsanger, verliehen.

Der Justizminister hat den Stuhlrichteramts-Adjunkten zu Baranò im Kaschauer Verwaltungsbereiche, Ignaz Swoboda, zum Nahmsekretär bei dem Komitatsgerichte in Marmaros Szigeth ernannt.

Der Justizminister hat den Hilfsämter-Direktions-Adjunkten bei dem Boczower Kreisgerichte, Alexander Ritter v. Thullie, zum Direktor der Hilfsämter in Sambor zu ernennen befunden.

## Veränderungen in der f. f. Armee.

### Beförderung:

Der Oberstleutnant Eduard Rottée, des 5. zum Oberst und Kommandanten des 2. Gendarmerie-Regiments.

### Verleihungen:

Den pensionirten Majoren, Josef Ritter von Kriegsau und Johann Stäger v. Waldburg, der Oberstleutnants-Charakter ad honores, und dem pensionirten Hauptmann erster Klasse, Heinrich Lamquet, der Majors-Charakter ad honores.

Heute wird ausgegeben und versendet: das Landes-Regierungsblatt für das Herzogthum Krain. Zweiter Theil. VIII. Stück. VIII. Jahrgang 1856.

### Inhalts-Uebersicht:

Nr. 11. Kundmachung des f. f. Oberlandesgerichtes für Steiermark, Kärnten und Krain vom 27. Mai 1856, über den Vorgang bei der Bewerbung um eine Advokatenstelle und bei der Erstattung des Bezugsvorschlags für eine solche Stelle.

Laibach den 24. Juli 1856.

Vom f. f. Redaktions-Bureau des Landes-Regierungs-Blattes für Krain.

## Nichtamtlicher Theil. Österreich.

Wien, 19. Juli. Se. f. f. Apostolische Majestät werden heute in der f. f. Hofburg den Bürgermeister Dr. Ritter v. Seiller mit einer Deputation des Gemeinderathes und Magistrates empfangen, um die Begeisterung-Adresse der Stadt Wien aus Anlaß der glücklichen Entbindung Ihrer Majestät der Kaiserin entgegenzunehmen.

Bei einer neuerlichen im amtlichen Auftrage vorgenommenen chemischen Analyse des Stadler'schen Bliegenpapiers hat sich dasselbe als arsenikhältig gezeigt, daß es als im höchsten Grad gesundheitsschädlich und lebensgefährlich erklärt werden muß.

Zwischen der f. f. österr. und der f. f. preußischen Regierung wurde ein Nebeneinkommen geschlossen in Betreff der Erleichterung des Grenzverkehrs zwischen den Bewohnern von preußisch Schlesien und den angrenzenden österr. Provinzen. Darnach wird für die als unverdächtig bekannten Bewohner der unmittelbar an der Grenze zwischen Preußen und Österreich liegenden Ortschaften zum Verkehr in den angrenzenden Ortschaften in der Regel gar keine polizeiliche Legitimation benötigt.

Da in neuerer Zeit die Ankündigungen von Arzneien, insbesondere der sogenannten Geheim- und Universalmittel auf eine auffallende Weise zugewonnen haben und dieselben in einer höchst marktschreierischen Art dem Publikum zum Kaufe angeboten werden, so hat die Plenarversammlung des Doktorenkollegiums der medizinischen Fakultät in der Sitzung v. 26. November 1855, um diesem Anfange im Sinne der Statthaltereiverordnung vom 5. Oktober 1853 kräftiger entgegenwirken zu können, über den Antrag des Geschäftsrathes des Doktoren-Kollegiums beschlossen,

dass das zur Hintanhaltung der Marktschreierei und Kurpfuscherei früher aus vier Mitgliedern des Kollegiums bestehende Comité reorganisiert und in Zukunft aus 7 Mitgliedern bestehen soll, wie auch die hierzu nötige Ergänzungswahl dem Geschäftsrathe des Kollegiums übertragen. Das sohn neu konstituierte Comité hat in der Zeit vom 15. Februar bis zum 16. Mai 1. J. 37 Anzeigen von marktschreierischen Ankündigungen sowohl von Heil- als Heilmitteln an den Magistrat der f. f. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien und eine Anzeige wegen Kurpfuscherei an die f. f. Polizeidirektion veranlaßt, welch letzterer, so wie einer der oben genannten Anzeigen bisher eine schnelle und entscheidende Erledigung zu Theile wurde.

Da aber für die in den hierortigen Zeitungen angekündigten Heilmittel-Verschleißorte (bei Apothekern und Handelsleuten) in allen Kronländern des österreichischen Kaiserstaates bestehen, ja für manche solcher Mittel 100—200 Ortschaften in den Kronländern angegeben sind, in welchen die sogenannten Heilmittel von den bezeichneten Apothekern und Handelsleuten an das Publikum verkauft werden, so wurde auf Veranlassung des Comité's vom Doktoren-Kollegium ein ehrfürchtiges Bericht dem f. f. Ministerium des Inneren mit der Bitte unterbreitet, zur Hintanhaltung solcher Nebelstände, indem den Marktschreieren und Quacksalbern, wenn sie auch den Verschleiß ihrer Artikel in Wien verlieren sollten, dennoch der Absatz in den Kronländern fortbleibt, ein gleichmäßiges

Verfahren im Wege der f. f. Statthaltereien gnädigst

einleiten zu wollen, bis dahin aber zu verfügen, daß gegen die marktschreierischen Ankündigungen und den Verkauf von Heilmitteln in den Kronländern, in welchen dem Doktorenkollegium kein Compelle zusteht, durch die bestehenden Sanitätsorgane in ähnlicher Weise eingeschritten werde, wie es durch die Eingangs erwähnte hohe Statthaltereiverordnung für Wien angeordnet worden ist.

Wien, 21. Juli. Mittwoch ist in der f. f. Hofburgfarrkirche öffentlicher Kirchengang. Se. M. der Kaiser werden nach dem Hochamt dem zur Kabinetswürde gelangten Erzbischofe von Agram, Herrn Georg Haubl v. Barallya, das Kardinalbarret feierlich übergeben. In Betreff der Übergabe des Barrets an den gleichfalls zur Kabinetswürde gelangten, in Lemberg befindlichen Erzbischof daselbst werden die Anordnungen noch erwartet.

Fürst Paul Esterhazy hatte gestern Mittag die Ehre, von Sr. Majestät dem Kaiser in einer besonderen Audienz empfangen zu werden und wird übermorgen die Reise zur Kaiserkrönung nach Moskau antreten.

Se. königliche Hoheit der Erbgroßherzog von Toscana wird nach seiner Rückkehr aus München, dem Vernehmen nach, einen längeren Aufenthalt hier nehmen und den Herbstübungen der Truppen beiwohnen.

Der Adjutant des Fürsten von Montenegro, Herr Kreovich, der sich in einer besonderen Sendung des Gladys zu Paris befand, ist heute auf der Rückreise nach Cettigne hier eingetroffen.

Der Kustos des f. f. Münzkabinets, Herr Johann Gabriel Seidl, wurde mit der erledigten Stelle des Direktors der f. f. Schatzkammer provisorisch betraut.

Se. Heiligkeit der Papst hat auf die Bitte des Klosterneuburger Stiftspropstes Adam mit dem Breve vom 22. April d. J. der Stiftkirche von Klosterneuburg, da sie von dem Landespatron, dem frömmen Landgrafen Leopold IV., gestiftet ist und hier seine heiligen Gebeine ruhen, auf immerwährende Zeiten einen allgemeinen Ablauf verliehen, welchen die Gläubigen jährlich ein Mal gewinnen können, wenn sie nach Empfang des allerheiligsten Altarsakramentes zu Ehren des heil. Leopold die Stiftkirche zu Klosterneuburg besuchen und daselbst die Ablasgebete verrichten.

Wie wenig die montanistische Industrie in Galizien betrieben wird, geht zum Theile aus einer eben erflossenen Ministerialverordnung hervor, nach welcher die dem Kreisgerichte zu Stanislau für den eigenen, den Kolomeaer, Czortkower, Tarnopoler, Boczower und Brzezauer Kreis zugewiesene Berggerichtsbarkeit in so lange delegationsweise an den bei dem Czernowitzer Landesgerichte konstituierten Bergesrat übertragen wird, bis die Erweiterung der montanistischen Industrie dem berggerichtlichen Sprengel des Stanislauer Kreisgerichts die Wahl der bergkundigen Beisitzer möglich machen wird.

Der gewesene Oberbeamte und Schafzüchter Herr Johann Perschel in Budweis hat der f. f. patriotisch-ökonomischen Gesellschaft in Prag die Anzeige gemacht, daß er sichere, bis jetzt unbekannte Heilmittel gegen die verheerendsten Rind- und Schafkrankheiten, so wie gegen den Weizenbrand bestze und bereit sei, solche nach deren praktischen Erprobung gegen angemessene Entschädigung zur allgemeinen Anwendung zu veröffentlichen.

Vom 1. August d. J. ist das Postrittgeld für ein Pferd und eine einfache Post in Krain auf 1 fl. 12 kr. Die Gebühr für einen gedeckten Stationswagen wird auf die Hälfte und für einen ungedekten Wagen auf den vierten Theil des für ein Pferd und eine Post entfallenden Rittgeldes festgesetzt. Das Postillonstrinkgeld und das Schmiergeld bleibt unverändert.

Wien, 22. Juli. Se. f. f. Apostolische Majestät haben aus Anlaß der glücklichen Entbindung

Ihrer Majestät der Kaiserin dem Armen-Institute der Gemeinde Laxenburg ein fruchtbringend anzulegendes Kapital von dreitausend Gulden allergnädigst zu widmen und zu bestimmen geruht, daß von den entfallenden Interessen zwei arme Männer und zwei arme Weiber aus der Gemeinde oder von dem schloßhauptmannschaftlichen Arbeiterpersonale mit täglichen Prämien beheitl werden.

— Ihre Majestät die allerdurchlauchtigste Kaiserin und Landesmutter haben Sich allergnädigst bewogen gefunden, der in Mödling zu gründenden Kleinkinderbewahr-Anstalt einen Betrag von 100 fl. allergnädigst zuzuwenden.

— Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta haben den barmherzigen Schwestern zu Steyr zur Vermehrung ihres Spitalsondes den Betrag von 300 fl. zuweisen zu lassen geruht.

— Se. Exzellenz der Ministerpräsident Herr Karl Graf v. Buol-Schauenstein hat dem Zentralvereine für Krippen einen Betrag von 50 fl. mit einem sehr auszeichnenden Schreiben zu übersenden die Gnade gehabt.

— Wie man der „Religio“ aus Raczkov schreibt, wird in der zu dieser Pfarre gehörigen Ortschaft Lore, an derselben Stelle, an welcher Graf Odón Zichy am 30. September 1848 den Tod der Treue fand, auf Allerhöchste Anordnung und aus der Privatkasse Sr. Majestät des Kaisers eine im prachtvollen Style gebaute Monumentalkapelle zum Andenken an den Verstorbenen gebaut. Die Vorarbeiten haben bereits begonnen und der betreffende Architekt hat sich verpflichtet, den Bau binnen neun Monaten zu Ende zu führen.

— Wie man der „Indépendance“ aus Wien schreibt, galt unter den wenigen Besuchern, die Herr v. Lisseps während seiner letzten Aufenthalt in Wien abstatten konnte, einer auch dem Fürsten Metternich. Herr v. Lisseps wisse nämlich sehr wohl, wie viel das Projekt des Suezkanals dem erlauchten Staatsmann zu danken habe, der so lange auf die Geschicke Österreichs einen so hervorragenden Einfluß geübt. Fürst Metternich, der sich seit 30 Jahren für das Gelingen des großen Unternehmens aufs lebhafte interessirt, habe Herrn Lisseps gesagt, er werde den Tag, an welchem er vernehme, daß man endlich Hand ans Werk lege, zu den schönsten seines Lebens rechnen.

Triest, 22. Juli. Die „Triester Zeitung“ schreibt:

Die piemontesischen Blätter fahren noch immer fort, allerlei Verleumdungen gegen Österreich auszustreuen, und in der Hoffnung, von Außen und Innen unterstützt zu werden, Krieg und Revolution zu predigen. Die „Unione“ sagt unter Anderem: „Österreich wird uns mithin den Krieg erklären (!), wohlan, wir (?) werden ihn annehmen! Österreich hat eine Armee von 500.000 Mann, wir haben aber auf unserer Seite die Revolution, welche eben so viel wie 500.000 Mann wert ist.“ Die „Unione“ könnte sich jedoch gar sehr täuschen. Hüben und drüben sind die Folgen einer Revolution noch zu sehr im frischen Andenken, als daß die Bürger, denen an dem ruhigen und gesicherten Besitz ihrer Habe mehr liegt, als an der „Unione“ und ähnlichem Gleichem, sich der Revolution in die Arme werfen wollten. Ist dies aber die Sprache besonnener Menschen und muß man nicht glauben, da alle piemontesischen Blätter, weniger ausgenommen, mit der „Unione“ Chorus machen, daß die Regierungsteile selbst kampflos das Unglück über ihr Land hereinbrechen lassen wollen? Und dabei behaupten sie noch, daß nicht Piemont, sondern Österreich drohe.

## Deutschland.

Frankfurt, 15. Juli. In der Bundesversammlung vom 10. Juli l. J. beschloß die Bundesversammlung, auf Grund der von den betreffenden Ausschüssen erstatteten Berichte, und den desfalls ergangenen Einladungen Folge gebend, Namens des deutschen Bundes der Erklärung beizutreten, welche von den in der Pariser Konferenz versammelten Bevollmächtigten über Auslegung und Anwendung des Scerechts in Kriegszeiten vereinbart und am 16. April l. J. als Anlage des 24sten Konferenzprotokolls unterzeichnet worden ist, wie nicht minder sich dem in das 23ste Protokoll der Pariser Konferenz vom 14. April niedergelegten Wunsche anzustellen, daß Staaten, zwischen welchen ernstliche Misschuldigkeiten sich ergeben, ehe sie die Waffen entscheiden ließen, so viel die Umstände es zulassen sollten, die Vermittelung einer bestreuten Macht anzusprechen hätten.

Mehrere Gesandten zeigten die Bereitwilligkeit ihrer höchsten Regierungen an, zu der Einführung eines allgemeinen Handelsgesetzbuches mitzuwirken, und zu dem Ende Sachverständige zu den mit Ausarbeitung eines desfallsigen Entwurfs zu betrauenden Kommission abzuordnen, oder aber bereitst an Prüfung des Entwurfs Anteil zu nehmen.

In Bezug auf den Beschuß vom 14. Februar d. J. den Schutz telegraphischer Nachrichten gegen Nachdruck betreffend, ließ dagegen eine Regierung erklären, daß sie die Einführung von Prohibitivmaßregeln in dieser Beziehung für zweckmäßig und wünschenswerth nicht erkennen könne.

## Schweiz.

Am 15. d. kam im schweizerischen Nationalrathe der mehrwähnige Landesrathssprozeß gegen die ehemaligen Mitglieder des sonderbündischen Kriegsrathes zur Sprache. Die Mehrheit der zur Prüfung des Gegenstandes bestellten Kommission, bestehend aus den Abgeordneten Dufour, v. Gonzenbach und Martin, stellte den Antrag: diesem Prozeß ein Ende zu machen und diesen Mitglieder des Kriegsrathes, welche durch den Tagessatzungsbeschuß vom 8. Februar 1848 dem Kriminalgerichte des Kantons Luzern überwiesen worden sind, von jeder weiteren Verfolgung zu befreien. Die aus den Abgeordneten Keller und Häberlein bestehende Minderheit der Kommission beantragte dagegen die Tagesordnung. Durch die Abstimmung wurde mit 72 gegen 25 Stimmen der Minderheitsvorschlag gutgeheissen und zur Tagesordnung geschritten. Auf den Antrag von Dr. Pfyffer wurde zugleich beschlossen, die Angelegenheit nicht dem Ständerath zu überweisen, sondern als erledigt zu betrachten.

## Großbritannien.

London, 15. Juli. (Sitzung des Unterhauses vom 14.) Nachdem Lord Palmerston angekündigt hat, er werde morgen (15.) die Vertragung des Hauses bis auf Donnerstag (17.) beantragen, damit die Parlamentsmitglieder der großen Revue in Aldershot bewohnen können, erhebt sich Lord John Russell, um seinen, die Lage Italiens betreffenden, Antrag einzubringen, der folgendermaßen formulirt ist: daß in einer Adresse angesucht werde, um Abschriften oder Auszüge der letzten Verhandlungen, die zwischen Ihrer Majestät Regierung und den Regierungen von Österreich, Rom und dem Königreich beider Sizilien, betreffs der Angelegenheiten Italiens stattgefunden haben. Der Hauptzweck dieses Antrags — sagt der edle Lord — sei, von der Regierung zu erfahren, welche Wirkung die von den Pariser Konferenzen an die italienischen Mächte gerichteten Vorstellungen gehabt hätten und wenn das Resultat, wie es aus glaubwürdiger Quelle heißt, kein befriedigendes ist, die Regierung zu fragen, was sie weiter zu thun beabsichtige. Besser sei es jedenfalls, wenn die Regierung ein für alle Mal offen erklärte, daß sie keine weiteren Schritte für Italien thun wolle, als daß sie weitere Vorstellungen mache, deren Fruchtlosigkeit sie eingesehen habe.

Am allerwichtigsten für Europa ist die Frage, ob und wie lange die Besetzung Italiens durch fremde Truppen dauern solle. Das System als solches sei in der neuen Geschichte erst aufgetaucht, denn nie früher hätten Okkupationen so lange gedauert. In Rom wäre sie jetzt schon sieben Jahre. Ein Unstand zumal scheine ihm den Beweis zu liefern, daß diese Okkupationen von Anfang an überflüssig waren. Toscana sei nämlich auch unter den Staaten gewesen, die sich von der Herrschaft ihres Souveräns losgesagt hatten; aber die Republik habe daselbst kaum zwei Monate gelebt, so sei das Volk von Toscana auch schon seiner republikanischen Führer überdrüssig gewesen und habe den Großherzog, eingedenk seiner Milde, zurückgerufen. Abgesehen von den gewissermaßen praktischen Sympathien, die das englische Volk von jeher für Italien hatte, und die in den Erklärungen Lord Clarendon's auf den Pariser Konferenzen ihren Ausdruck fanden, habe England noch besondere Gründe, sich in die Angelegenheiten Italiens einzumischen. Lord John erinnert an den Beistand, den Sardinien im letzten Kriege den Westmächten geleistet hat. Piemont wäre gezwungen (?), ein unverhältnismäßig großes Heer zu erhalten. Er aber könne nicht glauben, daß zwei so mächtige Staaten, wie Frankreich und England, nach Allem, was sie der Welt gesagt, sich mit herausforderndem Hochmuth werden behandeln lassen. Es lasse sich begreifen, daß das Parlament über Alles, was bisher betreffs Italiens geschehen ist, seine Missbilligung äußere, und jede, auch noch so freundschaftliche Einmischung verwerfe, aber wenn es das Geschehene billige, müsse es dafür auch mit aller Macht einsehen. Ihm sei es nicht darum zu thun, eine Einmischung in die innern Angelegenheiten fremder Staaten zu empfehlen; desto mehr sei es, seiner Ansicht nach, Englands Pflicht, der Einmischung dritter Regierungen ein Ende zu machen.

Der edle Lord erklärt schließlich, auf seinem Antrag nicht bestehen zu wollen, wenn er der Regierung ungelegen käme, auch kein Misstrauen gegen diese aussprechen, sondern bloß erfahren zu wollen, ob die Regierung sich ferner jeder Einmischung zu enthalten, oder sich für eine ganz entschiedene Einmischung zu entschließen beabsichtige.

Lord Palmerston findet es begreiflich, daß sein edler Freund die Angelegenheiten Italiens zu Sprache gebracht hat und eben so natürlich sei es gewesen, daß sich die Pariser Konferenzen mit ihnen befaßten. Damals habe der österreichische Gesandte erklärt, er sei ohne Instruktionen betreffs Italiens und wisse nicht, welche Schritte seine Regierung zu thun beabsichtige. Jetzt frage der edle Lord, ob die englische Regierung sich jeder weiteren Einmischung enthalten werde oder nicht. Darauf müsse er erwiedern, daß wenn Ihrer Majestät Regierung und die Regierung Frankreichs sich bei öffentlichen und offiziellen Vorstellungen beteiligt und dies in der Absicht thaten, jenen Okkupationen ein Ende zu machen, diese beiden Regierungen sich nicht durch eine momentane Weigerung, durch eine zufällige Täuschung ihrer gehegten Erwartungen, bewegen lassen werden, von ihrem Bestehen abzustehen, das sie für politisch recht, dem Prinzip nach billig und für die Interessen Europa's notwendig erachten. (Hört!) Es wäre, wie Jeder einsehen wird, unpassend, sich über die Wege zu äußern, die eingeschlagen werden dürften, aber so viel könnte er ohne Anstand versichern, daß die Regierung den Zweck für einen großen und wichtigen halte und daß sie die Hoffnung nicht aufgegeben habe, ihn am Ende zu erreichen. (Hört!) Man behauptet vielfach, die Räumung fremder Truppen werde das Lösungswort für die Revolutionäre in Italien sein, aber diese Auffassung dürfte dem doch überpaamt sein. Sei es doch schwer zu glauben, daß eine so weise Regierung wie die päpstliche nicht im Stande sein sollte, ihrem Volk Zufriedenheit und Ruhe zu bereiten. In Betreff Neapels müsse er mit Bedauern sagen, daß die Vorstellungen Englands und Frankreichs daselbst bis zur Stunde erfolglos geblieben waren. Diese Vorstellungen seien, vielleicht aus Misstrauen der neapolitanischen Regierung gegen die Ratschläge der Westmächte, bisher erfolglos geblieben, doch verzweifle die englische Regierung nicht an dem Erfolg anderer Vorstellungen, die von anderer Seite an Neapel gerichtet worden sind. Eines der Nebel, welches daran entstand, daß man Frankreich und England, vor Allem Letzteres, als Beschützer aller Revolutionärs betrachtet, sei dieses, daß Englands gelegentlich ertheilter gute Rath mit Misstrauen aufgenommen wird. Es sei zu erwarten, daß die Ratschläge einer anderen Macht besseres Gehör finden werden, aber auch über diesen Punkt lasse sich noch keine nähere Auskunft ertheilen. Das Eine aber dürfe er wohl versichern, daß England stets auf Sardiniens Seite zu stünden sein werde, wenn dieses angegriffen werden sollte, obwohl es sich nicht voraussehen lasse, daß dies der Fall sein werde, und daß die englische Regierung nie versäumen werde, den Angelegenheiten Italiens ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken.

Mr. d'Israeli ist mit der Rede Lord John Russells nichts weniger als einverstanden, denn die italienische Frage müsse praktisch und nicht poetisch aufgefaßt werden; er erklärt sich aber auch durchaus unbefriedigt von der Antwort des Premiers, denn sie sei vag und sage so viel wie Nichts. Er könne durchaus nicht einsehen, sagt er, daß die Regierung bisher das Geringste gethan habe, was die Protokollreden in Paris rechtfertigte. Seiner Meinung nach wäre in Paris nie von Italien die Rede gewesen, wenn nicht Graf Cavour die Sache angeregt hätte, und wenn man gerne gegen Österreich delamirt, so möge man sich doch erinnern, daß es die französische, nicht die österreichische Regierung war, die eine Beschränkung der freien Presse in ganz Europa beantragte. Der edle Lord an der Spitze der Regierung habe sich eben dahin geäußert, daß eine Erhebung in Neapel zum Einmarsch fremder Truppen und dieser zu einer gefährlichen europäischen Komplikation führen werde, während er später versicherte, daß die Vorstellungen einer dritten Macht erfolgreicher, als die Mahnungen der Westmächte sein dürften. Das sei aber ein gar zu grober Widerspruch. Eben so unbegreiflich sei es, wie man Österreich zumutthen könne, die italienischen Staaten zu räumen, so lange Frankreich seine Truppen nicht heingezogen hat. Alles wohl erwogen, gebe es nur zwei Wege, zum Ziele zu gelangen. Entweder man schickte eine Kriegserklärung an Österreich und revolutionirt Italien, in welchem Falle aber die Regierung am besten thäte, das Parlament sofort von seinen kriegerischen Plänen gegen Österreich in Kenntniß zu setzen, damit es sich doch aussprechen könne; oder auch, man erspare sich die Kriegserklärung und revolutionirt wie im Jahre 1848. Er könne übrigens gar nicht einsehen, weshalb man gerade in Neapel interveniren wolle; es müste denn sein, daß Neapel ein schwacher Staat ist. Aber gesetzt, man schickte eine Flotte nach Neapel, würde dann damit der Gedanke und der konstitutionellen Freiheit gedient sein! Beileibe nicht. Die nächste Folge eines Umsturzes der gegenwärtigen neapolitanischen Regierung würde sein, daß die geheimen Verbindungen, die den ganzen Kontinent wie ein Eisenbahnnetz umschlingen, auf die Bühne traten und die-

sen sei es nicht um Reformen von konstitutionellen Regierungsformen, sondern um den Untergang alles Bestehenden zu thun. Die Revolution würde sich bald nach den päpstlichen Staaten ausbreiten; in Rom säßen bald wieder die Triumviten. Was käme dann? Frankreich und Österreich, als die beiden großen katholischen Mächte, würden unfehlbar wieder zu Gunsten des Papstes einschreiten, die englischen Schiffe unverrichteter Sache nach Hause kommen. Dabei möge man nicht aus dem Auge verlieren, daß die geheimen Verbindungen nicht bloß in Italien bestehen, daß sie in Frankreich selbst bei Weitem zahlreicher und besser organisiert sind, daß die französische Regierung kaum geneigt sei, diesen durch ein Einschreiten in Italien Vorschub zu leisten. Aus allen diesen Gründen lasse sich daher der Schluß ableiten, daß der edle Lord an der Spitze der Regierung den sehr weisen Entschluß gefaßt habe, sich wohlerwogener Weise zu entschließen, gar nichts weiter zu thun (Heiterkeit), und daß der Herrscher von Frankreich zu derselben Entschließung gelangt sei. Seiner Meinung nach könnte den Italienern mit Krieg und Revolution nicht geholfen werden, so lange ihre eigenen Regierungen nicht geneigt zu Reformen sind. Was aber Sardinien betreffe, so möge man außer Sorge sein, daß es von Österreich angegriffen wird. Viel wahrscheinlicher sei es, daß Sardinien der angreifende Theil sein werde, wie es doch schon im Jahre 1848 die Verlegenheiten Österreichs zu einem nächtlichen Ueberfall benutzt habe. Der Redner schließt mit der Versicherung, daß es in der italienischen Angelegenheit keine halbe Politik gebe, daß England sich entweder als kriegsführende Macht einzumischen müsse, oder gar nicht intervenieren dürfe.

Mr. Bowyer freut sich über die gemäßigte Politik d' Israels und auch Lord Palmerston's. In seinen Augen ist Sardinien allein der beschuldigte Theil, denn es verfolge die konservative Presse, ermutige die revolutionäre Partei, belege Kirchengüter mit Beschlag und begünstige die geheimen Verbindungen. Die Gefahr komme daher von Piemont, nicht vom Papste oder von Österreich. Der Redner versichert übrigens, aus guter Quelle zu wissen, daß die italienischen Staaten bald von österreichischen und französischen Truppen geräumt sein werden.

Mr. Monkton Milnes sekundirt Lord Palmerston.

Mr. Whiteside wirft der Regierung ihre Unentschlossenheit vor, die Italien mit falschen Hoffnungen hinhält, während der britische Gesandte in Florenz, Lord Normanby, kein Hehl daraus macht, daß er die Okkupation durch österreichische Truppen für wünschenswert halte. Lord John Russell habe Recht in dem, daß man entweder gar nicht oder mit aller Macht intervenieren müsse; aber Lord John selbst würde wahrscheinlich keines von beiden thun.

Lord John Russell weist mehrere Angriffe d' Israels zurück. Er erklärt sich schließlich mit den Mitteilungen Lord Palmerston's, daß Italien von England und Frankreich nicht hoffnungslos aufgegeben werden soll, zufrieden, will das Weitere vertrauensvoll der Regierung anheimgestellt wissen, und zieht seinen Antrag auf Vorlegung der Papiere zurück.

Nach Erledigung minder wichtiger Geschäfte vertagt sich das Haus gegen 2 Uhr nach Mitternacht.

## Spanien.

Nachrichten aus Madrid vom 17. Abends lauten:

„Der Aufstand ist vollständig unterdrückt, und im ganzen Lande, mit Ausnahme von Saragossa, herrscht Ruhe. Der Anführer der Aufständischen auf den Barricaden, der ehemalige Stierfechter Puceta, ist gefallen. General Concha hat sich des Thores von Toledo bemächtigt, und die Einwohnerchaft legt eine der Regierung günstige Gesinnung an den Tag. Gegen Mittag wurden die letzten Reste der Aufständischen, welche sich noch in der Stadt herumtrieben, verhaftet. Auf dem Sevaplaza wurden den Insurgenten 12 Geschüze, die sie erbeutet hatten, wieder abgenommen. Die Königin, der König und O'Donnell haben eine Heerschau über die Truppen abgehalten und sind mit Beifallsrufern empfangen worden. Die Königin hat die Verwundeten besucht; die Zahl der Toten ist nicht erheblich. Das Leichenbegängniß der im Kampfe gefallenen Soldaten wird unter besonderen Feierlichkeiten am 18. d. M. stattfinden. Die Nachrichten aus den Provinzen sind beruhigend. Espartero hat sich nach Logrono zurückgezogen.“

Das Schreiben an Ihre Majestät die Königin in welchem Espartero seine Demission gegeben hat, lautet:

„Madame, meine geschwächte Gesundheit gestattet mir nicht mehr, das Amt eines Präsidenten Ihres Ministerrates zu bekleiden. Geruhen Sie,

die Demission, welche ich Ihnen anbiete, anzunehmen und ich werde Ihnen dafür als für die höchste Gunst dankbar sein, die Eure Majestät mir zu gewähren geruhen könnte. Gott erhalte das wiedergesetzte Leben Eurer Majestät noch lange Jahre!“

Madrid, 14. Juli 1856.

## Baldomero Espartero.

Marschall Manuel Concha, der zum Generalkommandanten der Hellebardiere an die Stelle des abgetretenen General San Miguel ernannt worden war, hatte gleich nach Übernahme seines Amtes an das Militärbataillon, das die Wache im s. Palast versah, folgende Ansprache gerichtet:

„Meine Herren!

Ich bin zum Palastchef ernannt und liebe es, meine Stellung klar und offen zu bezeichnen. Ich war nicht immer ein Freund der Nationalmiliz; ich bin jetzt. Sie kennen die vorgehenden Ereignisse; es wird Alles innerhalb der Grenzen der strengsten Legalität vor sich gehen. Sind Sie geneigt, den Prerogativen der Krone Achtung zu zollen, so können Sie die Bewachung des Palastes fortführen; wenn nicht, so steht es Ihnen frei, sich zurückzuziehen.“

Die schwer zu bestimmende Zahl der Insurgenten wird auf 14.000 und die der königlichen Truppen, die Anteil an dem Kampf genommen, auf etwa 10.000 Mann geschätzt.

Am 14. hatten sich alle in Madrid anwesenden Cortesmitglieder unter ihrem Präsidenten, General Infante, versammelt und mit 90 Stimmen gegen Eine ein Todesvotum gegen das neue Ministerium abgegeben; sie wurden auseinander gesprengt.

Die Nachrichten auf gewöhnlichem Wege aus Spanien reichen bis zum 14. Sie überbringen die amtliche Zeitung von Madrid, die außer den Dekreten, welche das Ministerium O'Donnell ernennen, auch das Dekret enthält, das ganz Spanien in Belagerungszustand erklärt. Dieses Dekret ist damit motiviert, daß diese Maßregel zur Rettung der Gesellschaft unumgänglich notwendig sei. Die Nachrichten vom 14. d. geben ferner Aufschluß über die Zusammensetzung des Ministeriums selbst. Die Herren Luzuriaga und Bayarri befinden sich nicht in Madrid.

Ein Artikel der „Patrie“ über die Ereignisse von Saragossa lautet, wie folgt:

„Das Gerücht einer Bewegung zu Saragossa bestätigt sich. Der Kommandant des Platzes, der ehemalige Adjutant Espartero's, General Falcon, soll mit einem Theile der Bewohner sein Pronunciamiento gemacht haben. Nach Privatnachrichten aber schlossen sich die Truppen demselben nicht an; dieselben haben sich im Gegenthil auf die Höhen und in das Schloss zurückgezogen, die Saragossa beherrschen.“ — Über die Auseinandersetzung der Deputirten durch die Truppen O'Donnells theilt das oben genannte Journal Folgendes mit:

„Es scheint, daß die Deputirten, die sich nach dem Rücktritt des Marschalls Espartero versammelten, erklärt haben, daß das neue Ministerium das Vertrauen der Kammer nicht habe, und daß sie sofort eine Ministerliste aufstellten, worauf Espartero als Präsident, Madoz und andere Deputirte figurirten. Im Augenblicke, wo eine Deputation dieser Fraktion der Cortes sich zur Königin begeben wollte, um ihr diese Liste vorzulegen, wurde sie durch ein Gewehrfeuer, das sich in der Nähe des Palastes entspann, zum Rückzuge genötigt.“

## Donausfürstenthümer.

Mit Fürst Stirbey's Rücktritt vom walachischen Hospodariat werden nun wohl die gegen ihn gerichteten Verleumdungen und Anschuldigungen erloschen, denn sie waren meist von der Parteiwirth ausgeheckt, von einer wohlberechneten Intrigue in die Welt getragen. Jetzt wird es wohl möglich werden, ein freundliches Wort dem außerhalb der Regierung stehenden Fürsten nachzurufen, ohne in ein Wespennest zu stechen, ohne mit der Verdächtigung kämpfen zu müssen. Das dicke Heft der Anklage, welches Derwisch Pascha nach Konstantinopel sandte, ist weder von der Pforte berücksichtigt, noch den europäischen Kabinetten ähnlich vorgelegt worden. Eine derart wirkungslose Anklage wendet sich nur gegen Diejenigen, die sie geschmiedet. Die Bukarester Zeitung („Courier de Bukarest“) spricht sich jetzt, wo sie nicht mehr unter der Gewalt des Hospodars steht und wo die Gegner Stirbey's in Bukarest die Oberhand zu haben scheinen, in sehr anerkennender Weise über dessen Verwaltung aus.

Nachdem der „Courier“ die Rücktrittsproklamation als ein würdiges und patriotisches Altenstück bezeichnet, fügt er hinzu: „Zumtun der schwierigsten Umstände, welche seine siebenjährige Regierung bezeichneten, ist der Fürst durch angestrengte und ausdauernde Arbeit dahin gelangt, sein Land mit Instruktionen zu beschicken, wie sie der Stand der Zivilisation ver-

langte, und die zur vollen Entwicklung nichts als Zeit und eine ruhige politische Situation bedürfen. Alle Männer dieses Landes, welche nicht vom Parteiwirth irre geführt sind, haben seit lange diese edlen Anstrengungen anerkannt. Ein noch größeres Tribunal ist berufen, sie zu beurtheilen, nämlich das durch Kommissäre vertretene Europa. Vielen Personen wäre es erwünscht gewesen, wenn der Rücktritt des Fürsten in einer feierlichen Audienz stattgefunden hätte, um ihm Zeichen der Ergebenheit und des Bedauerns zu geben.“

Der „Courier de Bukarest“ hat hiermit nicht zu viel des Lobes gesagt. Fürst Stirbey hat die Finanzen in Zerrüttung übernommen und sie trotz vier schwerer Okkupationen während der sieben Jahre seiner Regierung wohlgeordnet hinterlassen. Er hat die Leibeigenschaft aufgehoben, die Zigeuner frei gemacht, eine vortreffliche Miliz geschaffen, die Zollwache auf's beste regulirt, eine gute Justizpflege eingeführt, die Schulen gut bestellt. Er hat die Freiheiten des Landes niemals angetastet, seinem Sozerran unter den schwierigsten Umständen Treue bewahrt. Er hat den Lockungen Russlands widerstanden, und sich dem Nachbarlande Österreich gegenüber mit unveränderlicher Loyalität benommen. Letztere Haltung haben ihm allerdings Diejenigen nicht vergeben können, welche aus den Fürstenthümer im Verhältniß zu Österreich das machen wollten, was ihnen in Sardinien gelungen ist, und was sie einige Zeit in der Schweiz versucht hatten. Österreich hat den Fürsten Georg Stirbey nicht darum allein begünstigt, weil er ein guter Nachbar war, sondern weil seine Verwaltung am geeigneten schien, den Fürstenthümer und der Türke diejenigen Garantien zu geben, die ganz Europa wenigstens offiziell ihnen bieten möchte, und die in den Kriegszwecken und in dem Pariser Frieden implicit waren. Die Folge wird zeigen, ob ein anderer Hospodar diesen Zwecken besser entsprechen wird.

## Telegraphische Depeschen.

„Dresden, Montag. Das „Dresdner Journal“ berichtet, Prinzessin Margarethe habe sich gestern mit dem anwesenden Erzherzog Karl Ludwig, k. k. Hoheit, Statthalter von Tirol und Vorarlberg, verlobt.“

„London, Dienstag. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses belobte Lord Palmerston das bisherige Vertragen der deutschen Legion, sagte, ihre Entlassung sei sehr nahe, nur müsse die Regierung über den Modus derselben erst beschließen.“

London, Montag. Um weiteren Unruhen vorzubeugen, wurden gestern 2000 deutsche Legionäre von Aldershot nach Colchester versezt. Lord Wensleydale erhält nach der „Times“ die erbliche Pairswürde statt der lebenslänglichen.

„Konstantinopel, 16. Juli. Zwanzig Tausend Franzosen und 10.000 Engländer bleiben vorläufig hier; die übrigen Mannschaften sind bereits eingeschiffet. Gestern fand ein Diner zu Ehren des Marschalls Pelissier bei dem Sultan in Dalmabagsche statt.“

„Rom, 16. Juli. Gestern wurde hier ein Te Deum wegen der Einführung Ihrer M. der Kaiserin Elisabeth abgehalten.“

„Ancona, 17. Juli. Der Sanitätsmagistrat hat eine ärztliche Untersuchung auf den aus österreichischen Häfen kommenden Schiffen als unnötig eingestellt.“

„Livorno, 19. Juli. Die Maispflanze ist in einigen Gegenden in Folge anhaltender Dürre verbrannt. Weizenreute ergiebig.“

## Telegraphisch

liegen folgende Nachrichten vor

„London, 19. Juli. Die „Post“ versichert, daß England von der neapolitanischen Regierung drei Konzessionen verlangt habe, nämlich eine allgemeine politische Konzession, ohne Bedingungen und Ausnahmen; ein Ministerwechsel und Änderungen in mehreren Gesetzen des Königreiches. Der König habe jede Einmischung fremder Mächte zurückgewiesen. Die analoge Mitteilung Frankreichs sei in den gemäßigtesten und versöhnlichsten Ausdrücken gehalten.“

## Lokales.

„Laibach, am 24. Juli.“

Der Sekretär der kroatischen Handels- und Gewerbechamber und Mitarbeiter unseres Blattes, Herr Dr. B. J. Kün, hat eine Berufung als Leiter und Professor der katholischen höheren Industrial-Schule zu Lichtensteig im Kanton St. Gallen in der Schweiz erhalten und dieselbe angenommen. Er verläßt Anfang September seine Heimat, um die Organisation der seiner Leitung anvertrauten Anstalt einzuleiten und die Schule Anfang November d. J. zu eröffnen.“

